



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

R., A.: Gedanken eines Freisinnigen über die freisinnige Partei

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Gedanken eines freisinnigen über die freisinnige Partei



Es ist eine alte und wohlbegründete Erfahrung, daß Bewohner alter Handelsstädte, zumal solcher, die ehemals frei waren oder es noch sind, in überwiegender Mehrzahl politisch freisinnige Anschauungen haben, mögen sie nun zum handeltreibenden Teil der Bevölkerung gehören oder nicht. Die Luft macht es, so zu sagen. So sehr auch viele von ihnen an althergebrachten Einrichtungen hängen, politisch konservativ ist nur ein verschwindender Teil. Der auch in den Nachkommen immer noch fortwirkende Stolz auf bürgerliche Selbständigkeit, auf das, was die Heimat aus eigener Kraft vollbracht und errungen hat, beugt sich gar zu ungern Vorschriften von oben her, die alle eigne Erwägung ausschließen und nur Gehorsam fordern. Der Blick auf den weitausgedehnten Verkehr mit fremden Völkern und Ländern, auf die Vorteile des beständigen lebhaften Austauschs erweitert und kräftigt den Sinn des Einzelnen wie der Blick auf die weite Meeresfläche und erzeugt ein unbeugsames Widerstreben gegen eine Einschränkung und Unterordnung, die nicht aus freier innerer Neigung hervorgeht; eine solche giebt es aber auch, denn gerade jener Blick ins Weite lehrt die Notwendigkeit von Ordnung und Gesetzen, aber es müssen selbsterkannte und selbstauferlegte sein. Und hält nun jenen innern Freiheitsdrang ein äußerer Zwang nieder, so kann er sich wohl in starrem Schweigen beugen, innerlich aber befestigt er sich umso mehr, und wo ihm Raum zur Bethätigung gelassen wird, bei Wahlen oder in geheimen Gesprächen, da bricht er in alter Kraft hervor. Es ist nicht wohlgethan, diesen Sinn tüchtiger Männer durch Drohungen oder Strafen niederzudrücken, selbst nicht, ihn in Worten als tadelnswerte Auflehnung gegen die Regierungsweisheit zu brandmarken. Damit treibt man ihn, der ja doch nur das Wohl des Ganzen will, wenn auch auf eigne Art, zuletzt in das Bett wirklich gehässiger Strömung

gegen das ihn unterdrückende Staatsganze hinein. Viel richtiger ist es, ihn zu benutzen, ihn zu belehren, wo er irre zu gehen scheint, und ihm würdige Ziele zum Wohle der Allgemeinheit zu stellen, dabei aber ihm möglichst wenig Schranken zu setzen, und auch die mit Milde und Aufklärung, nicht mit Gewalt. So wird sich eine fruchtbare, für alle Teile des Vaterlands förderliche Arbeit entwickeln, in der jeder Teil nicht nur zu seinem Wohl, sondern auch zu dem Wohl aller andern arbeitet, und das mit Freudigkeit.

Solche Anschauungen haben sich auch in mir von klein auf in meiner Vaterstadt Danzig ausgebildet, und obwohl ich seitdem durch manche Gaue des Vaterlands umhergetrieben worden bin, das Ideal des Fortschritts der Menschheit durch möglichst ungehemmte Entwicklung aller Kräfte, aber in den Bahnen vernünftiger Gesetze, ist in mir nur immer klarer geworden, ob ich auch Bekannte von mancherlei Parteien gehabt, reden gehört und mit ihnen geredet und Zeitungen von verschiedenen Farben gelesen habe. In andersgesinnter Umgebung habe ich schweigen gelernt, wo Reden nichts nützte oder gar schadete. Darum ließ sich doch innere Selbständigkeit und Unabhängigkeit bewahren. Das angeborene Streben nach möglichstster Unabhängigkeit verstärkte sich mit den Jahren, selbst in abhängiger Stellung; keinem schuldig zu sein und sich von niemand beeinflussen zu lassen als von Gewissen und Überzeugung, das wird mir lebenslang das Ideal der persönlichen Stellung bleiben.

Man wird mir also wohl nicht bestreiten, daß ich auf freisinnigem Anschauungsgrunde stehe; und es wird mir, wenn ich jetzt meine Gedanken über das ausspreche, was sich heutiges Tages im öffentlichen Leben freisinnig nennt, wohl niemand den Vorwurf machen, daß ich aus Parteifeindschaft ein ungünstiges Urteil ausspreche, wo sich mir ein solches aufdrängt.

Unsre heutigen Freisinnigen haben sich in die zwei Gruppen der „Volkspartei“ und der „Vereinigung“ geteilt. Daß die letztere aus der Gesamtpartei austrat, ist entschieden zu billigen. Sie allein trägt den Keim einer regierungsfähigen großen liberalen Partei in sich, da sie es nicht allein auf die „Ideale“ abgesehen hat, sondern auch auf Erreichung wünschenswerter Zwecke bedacht ist, indem sie der Regierungsgewalt gegenüber eine verträglichere Haltung einnimmt als die „männliche Linie“; bei ihr ist nicht nur vom „freisinnig,“ sondern auch vom „deutsch“ etwas zu merken. Freilich hat sie so manche idealistische Rauheiten mit der andern Hälfte gemein, was erst neuerdings sehr merklich geworden ist. Und wie wenig sich mit noch so schönen freisinnigen „Prinzipien“ ein gegebener Staat regieren läßt, zeigen z. B. die französischen Radikalen, die, sobald sie bei der Umdrehung der Windmühle nach oben kommen, für die Zeit ihres Regiments sehr viel von ihren Idealen weglassen. Und noch weniger ist dergleichen in Deutschland möglich. Idealen stehen immer andre Ideale im Wege: dem der unbeschränkten Versammlungs-

und Redefreiheit das des bürgerlichen Friedens; dem des alldurchdringenden Einflusses der Volksvertretung das der Ordnung aller Dinge durch Sachverständige; dem der weitesten Ausdehnung des Wahlrechts das der geistigen Reife als Bedingung für staatliche Thätigkeit; dem Ideal der reinen Volksgesichte das Ideal der strengen Gesetzmäßigkeit; dem des Volksheers das der möglichst guten Vorbereitung für den Kriegsfall usw. Jedes einzelne von ihnen hat viel Verlockendes; es ist kein Wunder, daß sie so zahlreiche Anhänger haben, und in der Theorie kann man ja jedem seine eignen Ansichten über Staatsbeglückung lassen. Aber nicht zu dulden ist, wenn er in rücksichtsloser Durchführung seines eignen Ideals das entgegenstehende, ebenso berechnete einfach beiseite schiebt; ein solches Verfahren in praktischer Ausföhrung kann einen Staat nur unglücklich machen, wie die Geschichte der letzten hundert Jahre mehrfach gezeigt hat, und muß schließlich an seiner eignen Einseitigkeit scheitern. Das gilt sowohl für die Fanatiker der Ausdehnung, wie für die der Beschränkung. Unterdrückte Ideale sind die gefährlichsten Feinde jeder dauernden Herrschaft, des Volks wie der Monarchen. Blindheit zeigt es, über die Staatslenker, die auch der andern Art von Idealen etwas Rücksicht widmen, zu schelten oder zu spotten, Blindheit, die gewöhnlich auf der Seite der Verantwortungslosigkeit ist, und die, solange sie bei Worten bleibt, wiederum Spott, wenn sie sich zu Thaten fortreißen läßt, die schärfste Zurückweisung verdient, mag sie nun am Kneipenstammtisch oder in der Studierstube, am grünen Tisch im luftabgeschlossenen Bureauzimmer, auf der Ackererscholle, auf dem Podium des Baugerüstes, im durchqualmten Versammlungsfaal oder sonst wo auftreten. Alle diese Orte gewähren viel zu engen Überblick, das Wohl des ganzen Staats zu erkennen. Nur wer, sein Ideal im Herzen, hinausgeht und alle Verhältnisse und Bedürfnisse leidenschaftlos untersucht, auf sie sein Ideal anwendet und den andern Idealen ansugt, alle unnützen Ranten abschleifend, der allein bringt etwas zu stande, was Dauer verspricht, und das muß doch Ziel und Ende aller Politik sein. Aber das thun leider unsre Freisinnigen lange, lange nicht genug, am allerwenigsten die „Männlichen“; aber auch die andre Linie hat darin noch sehr viel zu lernen. Daher aber thun sie sich selbst, dem Staat, der der freisinnigen Ideale nicht entbehren kann, und dem Ansehen dieser Ideale im Volke großen Schaden. Nicht so sehr die wirkliche oder angebliche Reaktion entzieht der freisinnigen Partei die Bedeutung und die Wahlstimmen im Lande, wie die Thorheiten ihrer eignen Führer und Vertreter.

Diese Unzufriedenheit, die ein großer Teil des freisinnigen Bürgertums, und darunter gerade die Gebildetsten und Nachdenklichsten, mit der gegenwärtigen freisinnigen Partei, besonders der „Volkspartei,“ empfindet, betrifft teilweise die Ideale selbst, wie sie sich in den Fortsetzern der alten Fortschrittspartei entwickelt haben, ganz besonders aber die „Parteitaktik.“

Das Streben, dem Volke möglichst großen Anteil an der Lenkung seiner Geschicke zu verschaffen, hat sich leider im Widerspruch gegen die absolutistischen Neigungen früherer Regierungen entwickeln müssen, und es ist daher verständlich, wenn sich damals unter den Liberalen ein Mißtrauen gegen die Regierung überhaupt ausbildete, eine stete Neigung, der Macht der Staatslenker mit der Macht des Parlaments entgegenzutreten, sie schon als solche für Unterdrücker der Bürgerschaft und Feinde jedes freieren und höhern Strebens zu halten, dagegen die Opposition für die wahre Blüte des Geistes nach jeder Richtung hin, und somit jeden Angriff gegen die Regierung für einen Kampf der Freiheit gegen die Knechtschaft, des Guten gegen das Böse; eine Anschauung, die alles Ernstes zu dem berühmten Satze führte: „Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie.“ Es hat ja Zeiten gegeben, wo solche Theorien nicht ganz ohne Berechtigung waren, und auch noch in der „Konfliktzeit“ der sechziger Jahre hat ihnen die Regierung durch allzu große Schroffheit und Unterdrückungsmaßregeln persönlicher Art Vorschub geleistet. Aber jene Zeiten sind doch vorüber. So manche einst nur ersehnte Ideale der Liberalen sind längst verwirklicht, wie gleiches Wahlrecht, Pressfreiheit, Gewerbefreiheit. Das Prinzip der liberalen Partei kann also heute unmöglich noch sein: Kampf gegen die Regierung! Und doch sollte man das glauben, wenn man das Auftreten unsrer freisinnigen Führer im Parlament und draußen betrachtet, die es immer noch als den Haupttruhm der Volksvertretung darstellen, der Regierung eine Niederlage bereitet zu haben; gerade wie in so manchen Stadtverordnetenversammlungen viele Bürgervertreter der Ansicht sind, nur zu dem Zweck gewählt zu sein, um dem Magistrat „ordentlich auf die Finger zu sehen“ und ihn recht oft durch Ablehnungen zu demütigen. Einer solchen Anschauungsweise, die die Eierschalen des konstitutionellen Lebens noch nicht abgestreift hat, können sich ruhig denkende Menschen nicht anschließen, die nicht Freude am Konflikt, sondern an wirklichen Fortschritten haben. Sie werden der Regierung widerstehen, wo sie den leitenden Grundsätzen vernünftiger Entwicklung nicht genügend Rechnung zu tragen scheint, und wo sie nicht hindern können, da werden sie wenigstens zu mildern suchen; aber wo es sich nicht um solche Fragen handelt, oder wo die Regierung, wenn auch vielleicht nicht ganz, doch im wesentlichen mit ihnen in Einklang ist, werden sie sie eifrig und freudig unterstützen, unbekümmert darum, ob man sie in gewissen Kreisen „Streber“, „Byzantiner“, „Wadenstrümpfler“ und dergleichen schilt. Damit glauben sie der Sache der Freiheit besser zu dienen, als die stürmischen Redner mit ihrem „alles oder nichts“, mit ihrem „voll und ganz“ und „unentwegt“, das sich für Übungen in Rhetorenschulen, aber nicht für ernsthafte Arbeit eignet. Weite Kreise der liberalen Bürgerschaft lehnen jenes Prinzip „Kampf gegen die Regierung!“ entschieden ab und verweigern ihre Stimmen einem Manne, der ihnen nur Ablehnungen als Erfolg seiner Thätigkeit verheißt.

Ebenso verlangen sie eine entschiedne Einschränkung des Ideals vom Kampfe gegen Adel und Agrarier. Das wäre ja gewiß kein Liberaler, der der Bevorrechtung des Adels als Adels das Wort redete, der einen einzigen Stand als den allein oder fast allein maßgebenden anerkennen und alle staatlichen Maßregeln von der Rücksicht auf ihn abhängig machen wollte, wie es leider jetzt von einer großen Partei geschieht. Die Forderung, daß ein Stand oder gar die Gesamtheit der Warenabnehmer sich große Opfer auferlegen soll, um dem Stande der Warenerzeuger Vorteil zu bringen, ist entschieden vom liberalen Standpunkt verwerflich, von dem aus alle Stände gleiches Recht haben und jeder Lohn verdient, der Gutes leistet. Als die Blüte, als die Edelsten der Nation erkennen wir nur die an, aus deren Thätigkeit Segen für die Nation entspringt, und Unfreiheit sehen wir nicht in der Zukunft von bürgerlichen Eltern, sondern in der Unfähigkeit, seine Leidenschaften zu beherrschen und sich zu nutzbringender Arbeit aufzuschwingen. Aber wir werden uns auch sehr davor hüten, in den Bürgern und Arbeitern die alleinigen Besitzer der Weisheit zu sehen und, im Gefolge verblendeter Theoretiker und gemeiner Neidlinge, Adel mit Unwissenheit, Besitz mit Herzlosigkeit einfach und allgemein gleichzustellen. Ein solches Treiben widert sehr viele an, die es deutlich vor Augen sehen, wieviel Gutes von manchen Angehörigen der gescholtnen Klassen gewirkt wird. Und ebenso sind sie auch bereit, der Landwirtschaft solche Hilfe zukommen zu lassen, die andern nicht schadet, sobald sie nur anerkennt, daß auch bei ihr untaugliche Menschen dem Verderben überlassen werden und ungünstige Zeitläufe so gut wie möglich ertragen werden müssen. Einem so wichtigen Stande muß geholfen werden, mit leeren Scheltreden gegen Junker usw. richtet man nichts aus; das sieht auch der Bürger, besonders in kleinen Städten, die Not leiden, wenn es den Gutsbesitzern schlecht geht. Auf gleichem Boden gleiche Hilfe, aber weder einseitige Bevorzugung, noch einseitige Benachteiligung.

Endlich giebt es auch zahlreiche Liberale, die für das Ideal „So wenig Steuern wie möglich!“ kein Verständnis haben. An Steuern bereichert sich bei uns niemand; werden sie gefordert, so soll das Geld zum Wohle des Staates dienen. Und dennoch gilt es als ein furchtbares Brandmal, ein schrecklicher Vorwurf, wenn von einer Regierung gesagt wird, sie verlange neue, etwa gar viele neue Steuern. Auch das sind noch die Eierschalen des Konstitutionalismus. Soviel ist doch gewiß, daß, wer z. B. 36 Mark jährliche Steuern aufbringt, auch 40 Mark aufbringen kann, ohne dem Exekutor zu verfallen; und eine solche Erhöhung würde dem Staate eine Summe einbringen, um deren Bewilligung unsre Freisinnigen das fürchterlichste Kriegsgeschrei erheben. Entbehrungen um des eignen Haushalts willen wagen sie nicht zu verbieten, aber Entbehrungen um des Staatswohls willen werden als der schrecklichste der Schrecken hingestellt. Um der schönen Augen der Kellner

willen opfert der Deutsche jährlich unzählige Mark an Trinkgeld; nur die Hälfte davon statt für jenen edeln Zweck für nützliche Staatseinrichtungen hinzugeben, das — gilt als einfach unmöglich. Und doch, wie viele Kriegsschiffe z. B. könnten davon gebaut werden! Dem Spießbürger freilich erscheinen von allen Ausgaben die Steuern als die unnützeften, weil er dafür nicht wie beim Kaufmann oder in der Kneipe sofort etwas in die Hand bekommt. Statt ihn aber zu belehren, bestärken ihn die freisinnigen Führer in dieser Abneigung; und solche Männer verlangen unsre Unterstützung bei der Wahl! Ganz gewiß soll auf die Zahlungsfähigkeit der Bürger Rücksicht genommen werden bei neuen kostspieligen Einrichtungen, ganz gewiß sollen die Kosten gerechterweise mehr aus den vollern Schränken als aus den Leerern genommen werden, und in diesem Sinne war die Einführung der Selbsteinschätzung eine der vortrefflichsten Maßnahmen ausgleichender Gerechtigkeit, der bisher gerade von so vielen Vermögenden Hohn gesprochen worden war. Das alles ist gewiß. Aber noch viel gewisser ist: *Salus publica suprema lex!* Vor allem das für den Staat notwendige, dann das für ihn sehr nützliche, und dann erst die Schonung des Geldbeutels! Nur wo der zweite Grundsatz ganz übermäßig hohe Belastung bringen würde, darf er durch den dritten eingeschränkt werden; und erst bei dem nur Wünschenswerten darf die Geldfrage eine Hauptrolle spielen. *Privatus illis census erat brevis, commune magnum* — das war das Ideal einer Republik! Und auch heutzutage wirtschaftet auch die liberalste Republik nicht ohne Steuern — und oft wie hohe! Das ist verständigen Liberalen ebenso gut bekannt wie Konservativen, und deshalb wollen jene von den unverständigen Steuerhägern nichts wissen.

Was die andern Ideale der freisinnigen Partei betrifft, so gilt es, wie gesagt, nur sie mit der wirklichen Welt und den entgegenstehenden Idealen in Einklang zu bringen; an sich findet die liberale Bürgerchaft ihre Vertretung durch die Partei gerecht, aber diese Bedingung muß durchaus eingehalten werden. Vor dem Mißbrauch der Freiheit müssen wir ganz ebenso sehr geschützt werden, wie vor dem Mißbrauch der Gewalt — das ist eine Forderung, die heutzutage fast noch dringender ist als die Abwehr der Reaktion, da die Reaktion ohnehin bei unsern heutigen Staatseinrichtungen eine viel geringere sein kann als am Anfang unsern konstitutionellen Lebens, aus dem dies Schlagwort stammt. Vorwärts schreiten wollen wir, aber nicht vorwärts taumeln!

Noch viel mehr aber als falsche oder zu schrankenlos hervorgebrängte Grundätze thut der freisinnigen Partei Schaden die „Parteitaktik.“ Die Mißbilligung, ja Entrüstung, die diese unter ihren eignen Angehörigen erweckt, ist den Herren zuweilen auch schon recht vernehmlich ins Ohr geklungen. Ich rechne hierher den Widerstand gegen Ausnahmegeetze, ihre Wahl- und parlamentarischen Bündnisse, ihre Redeweise, ihre Obstruktion u. dgl.

Ist es nicht seltsam, daß man eine Maßregel gegen einen anerkannten Übelstand darum zu vereiteln sucht, weil sie sich eben nur gegen diesen Übelstand richtet? Soll eine ganze Familie kurirt werden, weil ein einzelner krank ist? Eine entschieden schädliche Gruppe aber soll darum nicht bekämpft werden, weil sie auch zu den Staatsbürgern gehört, oder wie die Gründe lauten! Sozialisten, Anarchisten, Jesuiten, Polen, Französlinge — eine Zusammenstellung, bei der einem begeisterten Freunde des deutschen Reichs doch das Herz im Leibe lachen muß! Diese braven Leute müssen nur ja bis aufs letzte Pünktchen alle Freiheiten genießen, die es giebt, lieber noch ein paar mehr, als andern erlaubt ist, damit uns nur ja nicht Unduldsamkeit vorgeworfen werden könne! Man sollte freilich meinen: entweder ist ihre Schädlichkeit nicht bewiesen, dann behalten sie ihre Rechte, oder sie ist bewiesen, dann werden sie ihnen soweit eingeschränkt, daß sie kein Unheil stiften können. Aber nein, eingeschränkt dürfen sie erst werden, wenn sie wirklich ordentlichen Schaden angerichtet haben, daß es deutlich zu fühlen ist für die, die nicht sehen können, das ist freierlich! Nach derselben Taktik dürfte auch ein Seeräuberschiff nicht eher weggenommen werden, als bis ihm gerichtlich nachgewiesen ist, daß gerade diese Mannschaft sich gegen die Strafgesetze vergangen hat. Das Prinzip also über alles! Nur ja keine Vorbeugung! Und will man soweit nicht gehen, wozu dann der thörichte Kampf gegen Ausnahmebestimmungen für Reichsschädlinge? Gewiß, das Reich geht nicht zu Grunde, wenn auch alle die Maulwürfe unter ihm wühlen und bohren, dazu ist sein Fundament, die Vaterlandsliebe in allen deutschen Gauen, viel zu stark. Aber sie bringen doch manche Risse hervor, bringen manchen Teil zum Einstürzen, machen manchen Raum unbewohnbar — und das sollen wir alles ruhig mit ansehen? Und warum? Weil so ein Wähler doch auch ein lebendiges Geschöpf ist! Nun denn, ihr Herren von der Theorie, so laßt gefälligst eure verehrten Privatbaulichkeiten nach Belieben untergraben und umstürzen — was ja auch schon reichlich geschehen ist! —, aber verlangt nicht von uns, auch von uns andern Freisinnigen nicht, daß wir gleichfalls stillhalten sollen, die Spaten in der Hand!

Noch weit bedenklicher und dem Ansehen des Freisinn im Lande noch weit schädlicher sind seine Bündnisse. Erkennt ihr Führer es denn wirklich an, daß der Zweck die Mittel heiligt, welcher Art sie auch immer sein mögen? Um einen freisinnigen Abgeordneten durchzubringen, der in Wirklichkeit auch nicht entfernt die Mehrheit im Wahlkreise für sich hat, nehmt ihr z. B. in unzähligen Fällen die Hilfe der Ultramontanen an, das heißt der Partei, die mit dem Liberalismus einzig und allein beim Kampfe gegen die Regierung, und auch da keineswegs immer, wie ihr wohl wißt, übereinstimmt, in ihren positiven Zielen aber das gerade Gegenteil des Liberalismus ist, da sie keine Selbständigkeit des Einzelnen, keine freie Bewährung der Kraft, keine geistige Entwicklung duldet, ja ihrer ganzen Grundlage nach nicht dulden kann, sondern

alles unter eisernem Druck halten will, in den unzerbrechlichen Fesseln der Unterwerfung unter höhere Bestimmung, die noch dazu in den Händen einer nichtdeutschen Gewalt zusammenlaufen! Und umsonst bekommt ihr ja bekanntlich deren Unterstützung auch nicht, sondern ihr müßt ihnen dafür versprechen, sie in einem andern Wahlkreise zu unterstützen oder für Gesetze zu stimmen, die nach ihrem Sinne sind. Rom thut nichts umsonst. Und mit solchen Anforderungen wagt ihr es vor die freisinnige deutsche Wählerschaft zu treten? Da wundert euch auch nicht, wenn sie von ihrer Freiheit Gebrauch macht und euch den Gehorsam versagt! Es giebt doch glücklicherweise noch recht viel Liberale, die sich schämen, einen solchen Vertrag gutzuheißen, der um der Taktik willen empfohlen wird, ja die es schließlich vorziehen, einen konservativen, aber ehrlichen und aufrichtigen Vertreter zu haben, als einen freisinnigen, der auf Kredit von den Ultramontanen gewählt ist und daher in seinem Verhalten keine Freiheit mehr hat. Und wenn nun auch im Reichstag diese „Stimme fehlt“ — wäre das denn eine Stimme, die uns wirklich gehört und zukommt? Wenn wir sie ferner haben, dann haben wir, euch folgend, auch so und so viel Ultramontanen Plätze im Reichstag verschafft, die den freisinnigen Grundsätzen in vielen Fällen geradezu entgegenwirken! Schöne Vorteile, die hier die Taktik einbringt! Wie müssen die wohl zur Ausbreitung liberaler Gesinnung beitragen! Aber auch im Reichstage selbst an der Seite dieser Partei zu stehen, ihr die freisinnigen Stimmen zu leihen, wo es Befreiung des Ultramontanismus von gesetzlichen Schranken gilt, um dafür vielleicht mit ihrer Hilfe einen mißliebigen — ja, mag es auch sein, einen reaktionären Regierungsvorschlag zurückzuweisen, auch das ist eine für manchen Freisinnigen im Lande unverständliche Politik. Kann das eine an Thaten fruchtbare Mehrheit geben, eine Mehrheit, die einer Regierung ein bestimmtes Gepräge aufdrückt? Nimmermehr! Stürzen könnt ihr gemeinschaftlich, aber auch nicht einen Zoll hoch gemeinschaftlich bauen! Zum Bauen braucht ihr Kräfte, die mit euch wenigstens einige Verwandtschaft haben, und die wohnen doch wohl nicht in ultramontanen Geistern. Doch nein, erreicht habt ihr ja etwas! Sie haben euch, einer Partei von zwanzig Stimmen, zu einem Sitz im Präsidium verholfen, und noch dazu bei einer Gelegenheit, wo ihr so recht aus dem Herzen aller vaterlandsliebenden einheitsfrohen deutschen Männer gesprochen habt! Das war doch ein rühmenswürdiger, wohlverdienter Erfolg! Nicht wahr, da haben alle, alle Liberalen jubelnd hinter euch gestanden, als ihr dem Manne, der selbst nach dem Urtheil der Feinde doch etwas mehr für Deutschland gethan hat, als eure ganze so schön zusammengesetzte Mehrheit, den Glückwunsch auch im Privatstande versagtet! Nein, wahrhaftig, da hättet ihr lieber den Ultramontanen auch den dritten Platz im Vorsitz des Reichstags lassen sollen, der die Rückberufung der Jesuiten verlangt hat! So aber sitzt ihr von ihren Gnaden im Bündnis mit ihnen dort, trotz eurer geringen Zahl — wie ehrenvoll! Und

kaum auf den Platz gelangt, mußte der betreffende Herr schleunigst „Gesundheitsrücksichten bekommen,“ um nicht mit dem Kaiser auf das Wohl des Mannes anstoßen zu müssen, dessen „Niederlage“ ihm zu seinem Ehrensitz verholfen hatte! Das war euer Erfolg! Wie oft dagegen habt ihr es erleben müssen, daß eure schwarzen Freunde nur gerade so weit mit euch gingen, wie es ihnen paßte, und so manche wirklich oder angeblich reaktionäre Maßregel durchsetzen halfen! Was ist also nach allem die Frucht der Freundschaft? Nur die, euch und mit euch leider auch den Liberalismus im Lande immer unbeliebter zu machen!

Noch viel weniger verstanden wird aber von den Nichttaktikern unter den Liberalen das vielgepriesene, mit so vielen Erfolgen gekrönte Bündnis mit den Sozialdemokraten. Die freisinnige Partei wehrt sich doch mit Entrüstung gegen den Vorwurf, daß sie die „Vorfrucht der Sozialdemokratie“ sei, sie schließt in sich eine Menge von Leuten, denen nichts ferner liegt als Gütergemeinschaft mit der großen Masse und dergleichen, darunter sehr viele, deren einziges Streben auf Erwerben und Besitzen geht; sie hat allezeit die Macht des Gedankens über die Gewalt gepriesen, und trotzdem geht sie in unzähligen Fällen das Wahlbündnis ein, schützt die „Genossen“ aus allen Kräften vor strengen Maßregeln, sucht ihnen aufs gewissenhafteste die Freiheit der Entwicklung zu wahren, stimmt so ziemlich allen ihren Angriffen gegen das Bestehende bei — verstehe das, wer kann, oder vielmehr, wer „Taktik“ hat! 1893 erklärte Virchow sogar, wenn er selbst nicht in die Stichwahl käme, den Sozialdemokraten empfehlen zu müssen! was freilich nur zur Folge hatte, daß die freisinnige Partei drei Berliner Wahlkreise verlor. Damals und seitdem ist dieselbe Taktik oft genug verfolgt oder wenigstens von der Parteileitung empfohlen worden, glücklicherweise nicht immer mit Erfolg, da tausende von freisinnigen Wählern davon nichts wissen wollten, daß ein Wolf besser sei als ein strenger Hund. In mehreren Fällen hat die Taktik allerdings wirklich zur Wahl von Sozialdemokraten geführt, was dann von dieser Partei regelmäßig als ein Beweis ihres Wachstums dargestellt wurde und so ihr Ansehen, ihr Selbstbewußtsein, ihren Übermut und damit ihre Angriffslust immer mehr steigerte. Freilich haben sie sich auch manchmal dankbar bewiesen, und ein großer Teil der kleinen freisinnigen Reichstagspartei befindet sich nur darum im Palais, weil sie den Meistern des Verneinens als die tüchtigsten Gesellen erschienen sind. Und solche Leute nennen sich Vertreter des Bürgertums!

Für den Schutz, den die Parlamentsfreisinnigen den Sozialdemokraten gewähren, führen sie gewöhnlich als Grund oder vielmehr Entschuldigung an, daß diese immer mehr von ihren revolutionären Grundsätzen abkämen und sich zu einer „sozialen Reformpartei“ entwickelten. Wären sie das wirklich, so könnte man sie ja eher gewähren lassen in der Hoffnung, daß sie nur mit Gründen kämpfen und Gegengründe ruhig anhören werden; denn dann hätte

man doch die Überzeugung, daß man leicht so einleuchtende Gegengründe gegen sie anführen könnte, daß sie an der Sinnlosigkeit ihrer Forderungen zu Grunde gehen müßten, wie die „Freilands“-streber und andre. Und das wäre das beste, denn Gewaltmaßregeln erwecken zu leicht, wenn sie auch noch so berechtigt sind, Sympathie für die Betroffenen und stärken sie dadurch, zumal wenn sie, wie es leider oft geschieht, von den untergeordneten Organen ungeschickt und ohne Einsicht ausgeführt werden. Im Grundsatz ist es unzweifelhaft richtig, daß sich Ideen durch ihre Aussprache und Ausführung als richtig oder falsch erweisen müssen, um entweder zur Herrschaft zu gelangen oder überwunden zu werden, daß verkehrte Ideen durch die Thorheiten ihrer Verwirklichung am klarsten ad absurdum geführt werden. Aber auch angenommen, daß die „Reformideen“ der Sozialdemokratie auf friedlichem Wege durchgeführt werden könnten, so könnte man es doch unmöglich auf eine Probe ankommen lassen, obwohl die am besten die Unhaltbarkeit zeigen würde; die Opfer an allem, was den Menschen heilig und wert ist, wären zu ungeheuer. Und friedlich wären sie auch gar nicht durchzuführen; nur mit Gewalt würde sich die große Mehrzahl alles von den Sozialdemokraten Verurteilte entreißen lassen. Es bleibt also die Überwindung durch Erörterung, und auf die haben sie ja einen gerechten Anspruch — solange sie eben selbst in maßvollen Formen bleiben und auch andre reden lassen, wie es sich für eine „Reformpartei“ gehört, die allein durch die Gewalt ihrer Gründe siegen will. Aber thun sie denn das? Üben sie nicht ihrerseits die Unterdrückung bis auf den heutigen Tag in schärfster Form? Geben sie den Arbeitern, die anders gesinnt sind, Freiheit der Rede und der Abstimmung? Lassen sie einen arbeiten, der nicht streifen will? Kämpfen sie unter sich und gegen die „Bourgeois“ nur mit Gründen? O nein, sondern — freilich unverbürgten Gerüchten nach! — sehr häufig mit Getobe, Niederschreien und Boykott! Und Menschen, die derartig Gewalt üben, wollen über Gewalt klagen? Nein, da hört, wenn auch nicht das Streben nach Beseitigung von Übelständen, denn das ist des Staates Pflicht, doch die Diskussion auf. Das ist keine Reformpartei, mag sie in ihrem gedruckten Programm etwas von gewaltthamer Durchführung stehen haben oder nicht. Auf den Wortlaut des Programms geben sie ja auch selbst nicht allzuviel, wie sich bei den Erörterungen über die Gewinnung des Bauernstandes gezeigt hat. Entweder heucheln sie also, oder sie wissen selbst nicht, was sie wollen. Diese „Reformpartei“ mag die Unterstützung „taktisch“ durchgebildeter freisinniger Volksführer verdienen; freisinnige Bürger und Bauern halten sie weder für eine friedliche Reformpartei, noch wollen sie etwas von Freundschaft mit ihr wissen. Aber freilich, unsre Taktiker wollen sie auch gar nicht ihre Pläne ausführen lassen, die Sozialdemokraten sollen ihnen nur dazu helfen, bei den Wahlen gemäßigte oder konservative Kandidaten niederzustimmen und im Reichstag die Regierung an Stärkung der Staatsgewalt und Beschützung der Landwirtschaft

zu verhindern; dann können sie gehen. Natürlich werden sie sich ja auch mit einem schönen Dank begnügen. Nein, ihr müßt ihnen eben wieder helfen! Und ist eine Vermehrung des Heeres, der Flotte — sie muß, wie gesagt, den Kräften des Volks angemessen sein, aber die vertragen dafür noch viele Anspornung —, eine Erhöhung des Zolls, die gegen unsre Grundsätze ist und recht unangenehm werden kann, ist das alles wirklich so schlimm, daß man es selbst mit einer Förderung der Partei abwenden muß, die nichts bestehen lassen will, wie es ist? Leute, die zwar in einigen Dingen unannehmbare Forderungen stellen, aber es doch mit dem Reiche gut meinen, einen geordneten Gang des Staatswesens anstreben und — mit Ausnahme einiger Heißsporne — alle gesetzlich gewährten Freiheiten schützen wollen, müssen die unbedingt denen nachstehen, sind sie mehr unsre Feinde als die, die uns alles nehmen wollen? So behandelt ihr sie aber, ihr Taktiker! In solchem Grade wendet ihr nie eure Entrüstung gegen die Feinde des Ganzen, wie gegen die Feinde der Margarine oder der Produktenbörse! Für den Fall, daß die Sozialdemokraten, wie gesagt, ihre Rechnung einreichen, seid ihr der Unterstützung der andern ja doch sicher! Wenn jene sie nun also, großgezogen durch eure Beihilfe, wirklich einreichen, wenn sie sich ernstlich erheben, glaubt ihr dann zum Lohn für eure Hilfe vor ihnen sicher zu sein? O glaubt nur, wenn es zum Teilen kommt, sind freisinnige Geldschränke vor dem Aufbrechen, freisinnige Kapitalistenhälse vor inniger Verknüpfung mit Laternenpfählen ebenso wenig sicher wie konservative, und — es wäre doch schade um solche Redekräfte! Bleibt also zurück von dem Bündnis! Das raten euch eure eignen Genossen, die Ordnung, Gerechtigkeit und Vaterland nicht aufgeben mögen, um einige Stimmen im Reichstag zu gewinnen, oder einige schädliche Maßregeln zu verhindern, die selbst im Falle ihrer Durchführung doch etwas weniger als alles umwerfen.

Aber weiter in der Liste der Freunde unsrer Taktiker! Da kommen noch die Polen, die Welsen, die französisch gesinnten Elsäßer und die Dänen. Diese armen ruhigen und friedlichen Staatsbürger werden ja bekanntlich unablässig von den Regierungen in ihren Rechten und Freiheiten unterdrückt und gekränkt und verdienen daher die Unterstützung jedes wahrhaft liberal gesinnten Deutschen. Sie würden es ja auch ganz gewiß, wenn wir in der Minderheit wären, mit uns ebenso machen — siehe Tschechien, Flandern usw.! Nun, wenn sich diese lieben Leute darauf beschränkten, in Gedanken und Worten sich darüber zu ärgern, daß das deutsche Reich so zusammengesetzt ist, wie es ist, dann könnte man ihnen ja das Vergnügen lassen, wenigstens solange, wie diese Worte noch einigermaßen in den Grenzen, wenn auch nicht des Anstands, so doch des Strafgesetzbuchs bleiben. Zugrunde reden werden sie das Reich doch nicht, und viel andern Schaden können sie auch nicht damit anrichten. Und ich denke, Freiheit genug haben sie auch, ihre werthe Meinung kundzutun allen, die sie hören wollen. Aber dazu können wir uns doch wirklich nicht ent-

schließen (und ich glaube, auch das toleranteste und freisinnigste Ausland thäte dergleichen nicht), Augen und Ohren zuzumachen, wenn sie auf deutschem Boden deutschfeindliche Vereine mit fremden Farben zu deutschfeindlichen Zwecken gründen, mit ausländischen Friedensstörern in Verbindung treten, ausländischen Fürsten huldigen, deutsche Mitbewohner boykottiren usw. Anschreien läßt man sich wohl von einem Rowdy, ohne mehr zu thun als die Achseln zu zucken, aber ins Gesicht speien läßt man sich doch nicht. So etwas legt niemand mehr als ein Zeichen überlegener Stärke aus, sondern jeder als ein Zeichen von Furcht — und handelt darnach. Doch die Abwehrmaßregeln gegen jene Ausschreitungen, das sind nach unsern Parteiführern grobe Verletzungen der Menschenrechte! Und wo die Ausschreitungen allzu arg werden, da reden sie von vereinzeltten Hitzköpfen, nach denen man nicht das ganze Volk beurteilen dürfe, und dergleichen mehr, wenn auch denen, die selber unter diesen „Vereinzeltten“ wohnen müssen, deren Zahl mitunter auch etwas groß vorkommt. Aber diese Deutschen in der Diaspora, die verdienen freilich den Schutz der freisinnigen Redner nicht, dessen sind nur Ausländer würdig! O du alte, ewig neue theoretische Gutmütigkeit, und du ebenso alte und ebenso neue Auslandsverehrung der braven Deutschen! Ich denke, mit diesem Ausruf ist das Verfahren unsrer Taktiker noch von der besten Seite dargestellt. Es ist noch günstig für sie, wenn man annimmt, daß sie jede Beschwerde der Fremden leichtgläubig aufnehmen, um sie mit Entrüstung zu verfechten; aber warum wenden sie dieselbe Gutgläubigkeit nicht auch gegen die Beschwerden der Deutschen über die Fremden an? warum kritisiren sie da so überscharf? Mögen sie doch bedenken, daß in ihrem Parteinamen auch das Wort „deutsch“ vorkommt! Aber man könnte ihren Handlungen auch eine zweite Auslegung geben, und ich fürchte, es wird ihnen schwer möglich sein, diese völlig zu widerlegen: daß sie den Fremden ihre Freundschaft um politischer Vorteile willen beweisen, um Hilfe bei Wahlen und Abstimmungen. Die Provinz Posen könnte dafür einige sehr merkwürdige Thatsachen anführen. Laßt euch doch wenigstens durch euer Gefühl als Deutsche davon abhalten, um einiger kleinen Förderungen willen Bündnisse mit denen zu schließen, denen alles Deutsche verhaßt ist! Um ein paar Wahlstimmen oder kleine Beihilfen im Parlament seine Stammeszugehörigkeit zu verleugnen, das wäre doch eine Taktik, die euch nicht nur den Abfall sehr vieler Liberalen im Lande, sondern auch Spott und Verachtung des Auslands einbrächte, wo kein einziger einen solchen Mangel an nationalem Ehrgefühl zu zeigen wagt. Könntet ihr nach solchen Thaten noch aufrichtig singen: „Deutschland, Deutschland über alles!“? Also, sei es nun überspannte Gutmütigkeit, sei es wirklich die Taktik, das do, ut des — bleibt uns damit vom Leibe! Ehrlich auf deutschem und liberalem Schilde zu fallen, ist weit rühmlicher, als mit solcher Hilfe zu siegen, die euch zwingt, das Schwarz-Weiß-Rot auf dem Schilde ängstlich zu verhüllen!

Außer den Bündnissen ist aber auch das Verhalten der Freisinnigen im Parlament oft so, daß ein Freisinniger im Lande sich ihrer schämen muß. Es sind doch — größtenteils wenigstens — Leute aus gebildeten Ständen, ja oft genug Männer auf der höchsten Stufe der Bildung, die uns dort vertreten, und dennoch stehen sie an skrupelloser Redeweise hinter den Ungebildeten oft wenig zurück. Wenn man ihre Reden liest, muß jeder ja eigentlich Gott dafür danken, daß er ihn nicht damit bestraft hat, Minister sein und sich das alles sagen lassen zu müssen! „Der Herr Minister“ ist nach ihnen entweder ein herzloser Volksunterdrücker von Geburt, oder ein Wortbrüchiger und Abtrünniger, der in seinem siebzehnten Lebensjahre ganz anders gesprochen hat als jetzt, oder ein Schwächling, der durch jeden Hauch „von oben her“ umgebogen und umgelenkt wird, wenn er es nicht aus Strebertum thut, um noch höher zu steigen, oder ein Mensch, der gar nichts versteht und den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen würde, wenn er nicht von den erleuchteten freisinnigen Abgeordneten mit der Nase darauf gestoßen würde. Merkwürdig, daß sich der Kaiser immer so völlig unpassende Personen zu Ministern aussucht! Ja, der Kaiser! Wenn er nur immer die Reden unsrer Heroen recht ausführlich und sorgfältig lesen wollte, dann würde er manchen recht deutlichen Wink für sich darin finden. Daß er nicht mit allem einverstanden ist, was die hochwohlweise Mehrheit Schwarz-Himmelblau-Blutrot beschließt, daß er nicht alles sofort aufgiebt, was der nicht genehm ist, daß er sich ebenso über sie ärgert, wie sie sich über ihn, nicht die Minister sofort fallen läßt, deren Projekte sie ablehnt — kurz, daß er sich gestattet zu lieben, wo sie haßt, und zu hassen, wo sie liebt oder — schmeichelt, dafür muß er sich, wenn auch nicht ganz offen, so doch für fünfzig Millionen unter einundfünfzig recht verständlich allerlei sagen lassen, was jemand unter vier Augen wahrscheinlich etwas unhöflich beantworten würde. Und dabei beklagen sich die Herren noch über ihre Machtlosigkeit! Sie, die durch ihre Abstimmungen schon so manches zu nichte gemacht haben, was der „allerhöchsten Stelle,“ wie sie immer umschreibend sagen, am Herzen lag! Innerhalb ihrer Rechte liegt das ja; aber mögen sie ihre Rechte in angemessener Form ausüben — Bosheiten, Verdächtigungen, Grobheiten gehören nicht zu den verbürgten Volks- und Volkstribunenrechten. Auch das entschuldigt sie nicht, daß von Angehörigen andrer Parteien auch oft die rechten Formen nicht eingehalten werden; es wäre ihrer würdig, sich jenen andern an Vornehmheit der Redeweise überlegen zu zeigen. Ernste Angriffe, aber in würdevoller Form, werden an jeder Stelle Wirkung thun, an jeder — wo aber bleibt bei den meisten unsrer Parteiführer die würdevolle Form!

Damit in Verbindung steht endlich auch die zuweilen ausgeübte Obstruktion. Wirkfam hat sich ja dies Mittel neuerdings hie und da gezeigt, aber eine sichere Bürgschaft für Wirkfamkeit bietet es doch nicht, ebenso wenig wie Fliegengesumm einen Wanderer vom Ziele abzubringen pflegt, mag es ihn

auch zeitweise zum Stehenbleiben zwingen. Eine hartnäckige Regierung und eine ebensolche Mehrheit wird schließlich doch mit der Obstruktion fertig werden, das hat man seinerzeit in England bei der Obstruktion der Iren gesehen. Das Verfahren schiebt eine unangenehme Maßregel eine Zeit lang hinaus, aber verhindern kann es sie nicht, und was ist dann damit gewonnen? Dagegen bringt es dem Staat, für dessen Wohl zu sorgen jeder Abgeordnete verpflichtet ist, manchen empfindlichen Schaden durch Verzögerung notwendiger Dinge, was aber natürlich gegenüber dem Erfolg der Parteitaktik wohl kaum in Anrechnung kommt. Ganz so weit, wie es an einigen Orten geschehen ist, haben es allerdings unsre Taktiker noch nicht gebracht; aber Abstimmungen, die schließlich doch nicht zu verhindern sind, durch Herausgehen aus dem Saal zu vereiteln, die Beschlußfähigkeit anzuzweifeln usw., gehört doch auch nicht zu den staatsfördernden Dingen, wenn sie sich auch „taktisch“ glänzend ausnehmen. Und endlich ist dieses Verfahren unwürdig, wie schon öfter das Vachen der andern dabei bewiesen hat, es ist eine reine Spielerei. Noch unwürdiger freilich ist die Ausübung der Obstruktion durch Schreien und Toben, wodurch sich der Mensch auf den tierischen Standpunkt der körperlichen Gewalt erniedrigt, die auf keine Gründe hört.

Alle diese Dinge haben im Lauf der Zeit der freisinnigen Partei, die auf Warnungen nicht hat hören wollen, immer mehr Anhänger im Bürgerstande entzogen. Zwar versteht sie es von alters her ausgezeichnet, jede ihr unbequeme Volksbewegung abzuleugnen und ihre Meinungen und Maßregeln als allein volkstümlich hinzustellen. Aber schon mehrmals haben sich diese Bewegungen stärker als sie gezeigt und sie und damit ihre Wirksamkeit schwer geschädigt. Möge sie endlich mit der Taktik des Vogel Strauß wie überhaupt mit allen „Taktiken“ aufhören und auf die Stimmen der Ruhigen und Verständigen unter ihren Anhängern achten, die jetzt vielfach in vollem Abfall von ihr sind! Wenn sie das thut, wenn sie das hohe Ideal freier Entwicklung des Volks und Staats wieder mit Ruhe, Ernst und Würde in Ziel, Verfahren und Mitteln vertritt, dann wird sie auch die ihr gebührende Stellung wieder einnehmen, anerkannt von der Regierung wie von den Parteien, auch den feindlichen; denn den würdigen Gegner achtet jeder Kämpfer, dem es selbst um das Wohl des Ganzen ernst ist.

u. a.

